

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität**
Kurzprotokoll
14. Sitzung

Berlin, den 14.12.2011, 14:00 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Jakob-Kaiser-Haus
Wilhelmstraße 68
10117 Berlin
Sitzungssaal: 1.302

Vorsitz: Daniela Kolbe (Leipzig), MdB

TAGESORDNUNG:

Einzigster Punkt der Tagesordnung

S. 7

Wachstum und globale Gerechtigkeit

Anhörung mit Professorin Martha Nussbaum, University of Chicago Law School



Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
 Mittwoch, 14. Dezember 2011, 14:00 Uhr

Anwesenheitsliste



gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Bilger, Steffen	Göppel, Josef
Heider Dr., Matthias	Klamt, Ewa
Middelberg Dr., Mathias	Klimke, Jürgen
Nüßlein Dr., Georg	Linnemann Dr., Carsten
Vogelsang, Stefanie	Murmann Dr., Philipp
Zimmer Dr., Matthias	Schön (St. Wendel), Nadine
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Arndt-Brauer, Ingrid	Heil (Peine), Hubertus
Bulmahn, Edelgard	Högl Dr., Eva
Kolbe (Leipzig), Daniela	Kelber, Ulrich
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	Schaaf, Anton
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Bernschneider, Florian	Kauch, Michael
Bögel, Claudia	Sänger, Björn
Skudelny, Judith	Vogel (Lüdenscheid), Johannes
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Leidig, Sabine	Bulling-Schröter, Eva
Lötzer, Ulla	Schlecht, Michael

Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
 Mittwoch, 14. Dezember 2011, 14:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Andreae, Kerstin		Gambke Dr., Thomas	
Ott Dr., Hermann		Wilms Dr., Valerie	

Mittwoch, 14. Dezember 2011, 14:00 Uhr

off

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver

Bracht van, Georg

Brand Prof. Dr., Ulrich

Carstensen Prof. Dr., Kai

Enderlein Prof. Dr., Henrik 

Habisch Prof. Dr., André

Hexel, Dietmar 

Hölz Prof., Hanns Michael


Jänicke Prof. Dr., Martin

Jochimsen Prof. Dr., Beate 

Miegel Prof. Dr., Meinhard

Müller, Michael

Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz

Reuter Dr., Norbert 

Schmidt Prof. Dr., Christoph

Schneidewind Prof. Dr., Uwe

Wagner Prof. Dr., Gert 

Off.

Mittwoch, 14. Dezember 2011, 14:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN


Fraktionsmitarbeiter:

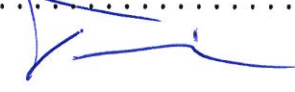
Fraktion:

Unterschrift:


(Name bitte in Druckschrift)


Mislin, Alexander CDU/CSU 


Popp, Michael 

Marita 

Bonhardt, Christina FDP 

Smone Viola SPD Bündnis 90 

Seitz, Aisling B90/ Grüne 

Hellmeier, Lucie 

Schwefel FDP 

CHRISTEN LINKE 

Mittwoch, 14. Dezember 2011, 14:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BMFSFJ BMBF BKA	Magin Ruyter-Pitznek Mag. Dr.	Referent -11- RL	R. Magin Ruyter-Pitznek Mag. Dr.

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land

Beginn der Sitzung: 14.41 Uhr

Einzigster Punkt der Tagesordnung

Wachstum und globale Gerechtigkeit

Anhörung mit Professorin Martha Nussbaum, University of Chicago Law School

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) begrüßt die Mitglieder der Kommission sowie den Gast der heutigen Sitzung, Frau Prof. Martha Nussbaum, recht herzlich. Sie weist auf die Übersetzungshilfe vom Englischen ins Deutsche sowie vom Deutschen ins Englische hin. Die Vorsitzende gratuliert dem Abgeordneten Dr. Mathias Middelberg herzlich zu seinem heutigen Geburtstag.

Die heutige Sitzung befasse sich mit dem Thema „Wachstum und globale Gerechtigkeit“, welches die durchaus wichtigen Fragen der globalen Dimension sowie der globalen Gerechtigkeit umfasse. Sodann stellt sie die Vita von Frau Prof. Nussbaum kurz dar. Sie hebt deren maßgebliche Beteiligung an der Entwicklung und am entwicklungspolitischen Diskurs des Fähigkeitsansatzes (Capability Approach) hervor.

Prof. Martha Nussbaum dankt allen Anwesenden herzlich für ihre Einladung. Sie merkt an, dass Fragen auch auf deutsch gestellt werden könnten.

Sie führt einleitend aus, dass sich Länder oftmals nur auf das Wirtschaftswachstum konzentrierten, während für die Menschen weltweit jedoch der Aspekt eines menschenwürdigen Lebens im Vordergrund stehe. Sie nimmt Bezug auf Mahbub ul Haq, einem pakistanischen Volkswirt. Dieser habe den eigentlichen Reichtum einer Nation in den ihr angehörigen Menschen gesehen. Demnach solle Entwicklungspolitik ein Umfeld schaffen, das den Menschen ein kreatives und gesundes Leben ermögliche. Diese Ansicht werde zugunsten materieller Aspekte oftmals vergessen. Zur Verdeutlichung führt sie das Beispiel einer indischen Frau aus Gujarat an, die unter den Gewaltexzessen ihres spiel- und alkoholsüchtigen Mannes gelitten habe. Durch den Missbrauch veranlasst habe die Frau ihren Ehemann verlassen und sei zu ihrer Familie zurückgekehrt, die sie wieder aufgenommen habe. Dies sei sehr ungewöhnlich. Aufgrund ihres Analphabetismus habe sie sich für das Nähen entschieden. Ferner habe sie sich einer Frauenorganisation in ihrer Stadt zugewandt und einen Kredit von einer Bank für Frauen erhalten.

Mit diesem Kredit habe sie sich eine neue Nähmaschine leisten und schließlich ihren Kredit zurückbezahlen können. Zudem habe sie auch noch Geld gespart, das sie auf ihr Sparkonto eingezahlt habe. Ferner habe sie sich später im Rahmen einer Frauenorganisation politisch betätigt. Fraglich sei also, welche Theorie ihrer Situation gerecht werde, sie gut analysiere und gute Handlungsempfehlungen geben könne. Ein solcher Ansatz müsse sich auf Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, körperliche Integrität sowie politische Teilhabe konzentrieren. Der Ansatz müsse sich auch auf die eigene Lebensgestaltung stützen. Herkömmliche Theorien würden bei der Analyse dieses Falls nicht weiterhelfen.

Wohlergehen und Entwicklung werde auf der Grundlage BIP pro Kopf gemessen. Demzufolge verfolge der indische Bundesstaat Gujarat dann die richtige Politik, wenn die dortige Wirtschaft wachse. Frau Prof. Nussbaum bezweifelt, dass eine einzelne Kennzahl zur Analyse des Bundesstaates ausreiche. Ausländische Investoren würden ihre Gewinne ins Ausland senden. Folglich kämen diese der Lebensqualität nicht zu Gute. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen sei demzufolge ein besserer Indikator, worauf auch die Sarkozy-Kommission hingewiesen habe. Ein einzelner Indikator spiegle jedoch nicht die Verteilung wider. Hinzu kämen Ungleichbehandlungen von Frauen und Männern, Hindus und Moslems sowie der Land- und Stadtbevölkerung. Soweit das Bruttoinlandsprodukt ausschlaggebend gewesen sei, habe Südafrika während der Apartheidpolitik stets die Entwicklungslisten angeführt, während ein Großteil der Bevölkerung keinen Zugang zum Wohlstand im Land gehabt habe. Ferner berücksichtige das BIP auch nicht die verschiedenen Lebensbereiche eines Menschen. Diese stünden selbst bei Berücksichtigung der Verteilung in keinem Zusammenhang mit dem BIP. Der wirtschaftliche Erfolg Chinas beispielsweise habe nicht dazu geführt, dass sich jene Aspekte der Lebensqualität verbessert hätten. Überdies hinaus stünden auch andere Aspekte wie z. B. Bildung und Gesundheit nicht in direktem Zusammenhang mit dem BIP. Studien von Amartya Sen und Jean Drèze in verschiedenen indischen Staaten ergäben, dass Bildung und Gesundheit staatliche Angelegenheiten seien. Die Bundesstaaten Andhra Pradesh und Gujarat, die wachstumsorientierte Politik verfolgt hätten, hätten ihr Bildungs- und Gesundheitssystem nicht verbessern können. Der eigentlich arme Bundesstaat Kerala in Südindien hingegen habe in den genannten Bereichen viel bewegen können. Frau Prof. Nussbaum konstatiert, die dortigen Gesundheitsverhältnisse seien mit denen der Stadt New York ebenbürtig. In Südindien gebe es eine Alphabetisierungsquote von 99 %. Im

Durchschnitt seien es in Indien teilweise nur 65 %. Zur Analyse des genannten Beispielfalls müsse man somit eine weitere Perspektive einbeziehen. So müsse man Chancen in Bildung, Gesundheit, Beschäftigung und politischer Teilhabe berücksichtigen. Fraglich sei, wie die Inderin Selbstachtung und Menschenwürde als Bürgerin ihres Landes erlangen könne. Dies alles umfasse der so genannte Fähigkeitenansatz.

Ferner gebe es den Utilitarismus als Gegensatz zum Fähigkeitenansatz. Sie bevorzuge zwar Letzteren, der Utilitarismus stelle jedoch einen Fortschritt zum BIP-Ansatz dar. Dabei bewerte man, inwieweit bestimmte Präferenzen befriedigt würden. Staaten schnitten dort gut ab, wo es einen hohen Grad an Zufriedenheit gebe. Dies sei ein besserer, realitätsnäherer Ansatz, denn man frage die Menschen, welchen Eindruck sie vom Leben hätten. Dennoch gebe es vier Kritikpunkte: Erstens werde die Verteilungskomponente nicht stark genug berücksichtigt. Wenn viele Menschen sehr glücklich seien, könne dies die Armut vieler Menschen im Land verbergen. Zweitens werde auch bei diesem Ansatz pauschalisiert. Drittens vernachlässige die Theorie adaptive Präferenzen, wie von Amartya Sen beschrieben. Menschen passten sich an die Umstände an, die ihnen die Gesellschaft biete. Wenn in einer Gesellschaft beispielsweise der Grundsatz gelte, dass Frauen keine Bildung brauchten, gingen Letztere auch davon aus. Unbedacht bleibe jedoch die Möglichkeit der Politiker, Selbstachtung und Wahlfreiheit für Frauen zu schaffen. Viertens gehe es um die passiven Faktoren Befriedigung und Zufriedenheit. Menschen beteiligten sich nicht aktiv genug an der eigenen Lebensgestaltung. Es könne zwar ausreichen, beispielsweise Nahrungsmittel anzubieten. Nichtsdestotrotz könne man Menschen auch durch Programme unterrichten, eine Beschäftigung einzugehen um sich selbst ihre Nahrungsmittel zu erarbeiten. Indien biete demzufolge ein Programm zur Beschäftigung auf dem Land. Zusammenfassend beinhalte diese Theorie diverse Mängel.

Frau Prof. Nussbaum bezieht sich sodann auf den Bericht der Sarkozy-Kommission. Dieser biete Informationen über die Glücksforschung, welche sich zwar nicht direkt auf den Utilitarismus beziehe, aber dieselben Schwachpunkte aufzeige. Gemäß Aristoteles habe Glück mit Aktivität zu tun. Menschen seien glücklich, wenn sie auf verschiedene Art und Weise handeln könnten. Dies sei mit dem Fähigkeitenansatz vergleichbar. Psychologen benutzten jedoch den utilitaristischen Ansatz. Hier werde nach Zufriedenheit gefragt, weshalb dieselben genannten Schwächen vorlägen. Ferner gebe es den rivalisierenden Ressourcenansatz. Lebensqualität werde demnach beispielsweise an Einkommen und Reichtum gemessen. Verteilungsgerech-

tigkeit werde berücksichtigt. Alle Bürger sollten bestenfalls gleich viele Ressourcen erhalten. Angesichts der berücksichtigten Verteilungsgerechtigkeit sei dies sehr fortschrittlich. Dennoch gebe es auch hier Schwächen. So hätten Menschen ein Bedürfnis nach Ressourcen, ausgehend von ihrer Ausgangslage. Kinder benötigten z. B. mehr Proteine als Erwachsene, Schwangere mehr als der Rest der Bevölkerung. Somit sei die Ermöglichung menschlicher Aktivität durch Ressourcen ausschlaggebend, nicht jedoch die Ressourcen an sich. Überdies hinaus sei die Gleichberechtigung von Frauen im Bereich der Bildung problematisch. Bei gleich hohen Ausgaben für die Bildung von Frauen und Männern in Ländern, in denen Frauen benachteiligt würden, könnten Frauen in der Bildung nie aufholen. Wenn somit eine Gruppe in einer Gesellschaft benachteiligt sei, müsse man für die Gruppe mehr Geld ausgeben. Gleiche Ausgaben führten nicht dazu, dass sich diese Gruppe entwickeln könne. Bei gleich hohen Ressourcen für Behinderte und Nichtbehinderte könnten Behinderte nicht zu allen Vorzügen Zugang haben. Stattdessen sei eine praktisch positive Diskriminierung erforderlich, indem man z. B. Busse und Gebäude behindertengerecht ausstatte. Um Benachteiligungen abzubauen, seien also zusätzliche Ressourcen vonnöten.

Frau Prof. Nussbaum berichtet im Weiteren, dass im Zuge des Fähigkeitsansatzes vor Kurzem zwei weitere Konzepte entwickelt worden seien. Das erste Konzept betreffe die Sicherheit bei den Fähigkeiten. Statt um momentane Verwirklichungschancen gehe es nun um sichere Fähigkeiten für die Zukunft. Das zweite Konzept betreffe die Pluralität an Fähigkeiten. Sie nimmt Bezug auf eine von ihr erstellte Liste von zehn Fähigkeiten, die sie als Mindestanforderungen für ein menschenwürdiges Leben betrachte. Bei der Frage, was Menschen erreichen könnten bzw. was ihre Chancen seien, stellten diese Fähigkeiten einen wichtigen Faktor dar. Aber gemäß Jonathan Wolff und Avner De-Shalit müsse man auch überlegen, wo die Politik am besten ansetzen solle. Bei der Betrachtung der zehn Punkte könne man feststellen, dass manche bessere Interventionspunkte darstellten als andere. Sie greift das Fallbeispiel nochmals auf. Der Kredit an die Inderin sei ein guter Ansatzpunkt gewesen, der Beschäftigung, Selbstachtung und politische Teilhabe ermöglicht habe. Dies verkörpere einen Hebel, der auch in anderen Bereichen Chancen kreierte habe. Das Konzept des „corrosive disadvantage“ bedeute jedoch, dass andere Faktoren, die bestimmte Fähigkeiten einschränkten, eliminiert werden müssten. Im Falle der Inderin sei die Beendigung der häuslichen Gewalt unerlässlich. Denn solange die Frau geschlagen worden sei, habe sie angesichts ihres physischen und psychischen

Zustandes keiner Beschäftigung nachgehen können. Dieser Faktor habe sie auch in anderen Lebensbereichen, z. B. ihrem sozialen Umfeld, eingeschränkt. Gelegentlich sei der Fähigkeitenansatz lediglich ein komparativer Ansatz. Im Human Development Depot finde man z. B. soziale Gerechtigkeit nicht als Parameter vor, sondern nur Rangordnungen. Frau Prof. Nussbaum befindet es als wichtig, gelegentlich Parameter und menschliche Fähigkeiten anstelle des BIP zu vergleichen. Sie strebe eine minimale Theorie der sozialen Gerechtigkeit an. Dabei würden die zehn Fähigkeiten auf einer gewissen Schwelle erreicht. Sie weist auf die unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten des Fähigkeitsansatzes hin. Letztendlich sei das Zuhören ein äußerst wichtiger Aspekt. Eine solche Theorie sei ein Bündnispartner für ärmere Menschen, die nicht die Weltbank konsultieren könnten, um ihre Geschichte zu erzählen. Somit solle dieser Ansatz eine Alternative zu den dominanten Ansätzen bei innenpolitischen und internationalen Planungen werden.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt Frau Professor Nussbaum für ihren Vortrag. Ihr theoretischer Ansatz weite den Blick auf Fragen wie das Streben nach Wohlstand oder eine Wohlstandsdefinition.

SV Prof. Dr. Henrik Enderlein betont die Differenz zwischen der Sarkozy-Kommission und der Enquete-Kommission. Letztere arbeite an einem Wohlstands- und Wachstumsansatz für ein Industrieland wie Deutschland. Daher wünsche er sich eine detailreichere Darstellung des Fähigkeitsansatzes für Industrieländer, insbesondere der Umsetzungsmöglichkeiten für Deutschland.

Prof. Martha Nussbaum äußert, dass sich Industrienationen und Entwicklungsländer in ihren Problemen nicht unterscheiden würden, sondern lediglich in deren Ausprägung. Die Probleme des Fallbeispiels wie häusliche Gewalt, eine ungerechte Verteilung bei der Gesundheitsversorgung, geringe Bildungschancen sowie Ungleichheit gleichen demzufolge denen der Vereinigten Staaten. Selbst die Vereinigten Staaten wiesen aufgrund mangelnder Bildungsversorgung keine hundertprozentige Alphabetisierungsrate auf. Sie verweist auf die mit einem Nobelpreis prämierte Arbeit des US-amerikanischen Ökonoms James Heckman zur Frühintervention in reichen, entwickelten Ländern. Integrationsgruppen und Minderheiten bekämen demnach eben nicht gleiche Bildungschancen. In der frühen Phase ihrer Bildung gebe es keine aggressive Förderung durch den Staat. Physiologische Forschungsdaten zeigten, dass sich ein Chancenfenster schließe, wenn keinerlei Intervention bei Kindern bis zu einem Alter von

zwei Jahren stattfände. Folglich brauche man Ansätze wie Partnerschaften zwischen Staat und Familie. Ein radikales Umdenken sei in Bezug auf die Früherziehung notwendig. Heckman habe mit experimentellen Programmen gearbeitet, die entweder von der Regierung oder von privater Seite mitfinanziert worden seien und teilweise erst nach zwanzig Jahren Laufzeit bemerkenswerte Ergebnisse zeigten. Infolgedessen komme es durch Frühintervention zu einer kognitiven Entwicklung, die andernfalls nur mit nicht so wirksamen aber teureren Interventionen im High-School-Alter nachgeholt werden könne. In Bezug auf Heckmans Studien merkt sie an, dass kognitive Fähigkeiten zwar wichtig seien, jedoch daneben aktives, kritisches Denken sowie Phantasie entwickelt werden müsse. Demnach müsse die Früherziehung im Vordergrund stehen, wie es z. B. in den Niederlanden schon der Fall sei. Alle reichen Länder seien zudem mit Problemen durch Ungleichheit im Bildungssystem bzw. einem Mangel an demokratischer Beteiligung konfrontiert. Infolgedessen beruft sie sich auf die Situation in Indien, wo bessere Lösungen gefunden worden seien. Frauen, die nicht zur Schule gingen, träten an Nichtregierungsorganisationen heran, die sich auf das kritische Denken von Frauen konzentrierten. Sie kritisiert weiterhin das ausdifferenzierte Schulsystem reicher Länder. Letztere seien mit ebenso großen Problemen konfrontiert wie Entwicklungsländer. Die Zukunft der Demokratie hänge insbesondere von der Bildungsentwicklung ab. Ausschlaggebend sei nicht nur der Erwerb von Fähigkeiten im Hinblick auf das Berufsleben, sondern die Bildung eines demokratischen Bürgers. Studien mit Immigranten in Großbritannien und Israel hätten ferner ergeben, dass Sicherheit für Immigranten sehr wichtig sei. Daneben habe sie hingegen bemerkt, dass die Fähigkeit, in der landesüblichen Sprache zu kommunizieren, für Immigranten essenziell sei. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten stehe bezüglich der Landessprache Erziehung und Lehre im Vordergrund, während britische Gruppierungen eher Themen wie Arbeit, Politik und Selbstachtung angesichts der Sprachschwierigkeiten als problematisch ansähen. Daraus resultierend gebe es in jedem Land benachteiligte Außenseitergruppierungen. Somit müssten die Nachteile analysiert und nach Mitteln zur Bekämpfung derselben gesucht werden.

Im Anschluss daran greift sie das Problem auf, inwieweit man Demokratie in Zeiten zunehmender Angst und zunehmendem Misstrauens gegenüber Minderheiten produziere. Fraglich sei, wie Normen der Denkfreiheit, der Gewissensfreiheit und der politischen Inklusion zu definieren seien bzw. wie der Zugang zu Arbeit ohne Diskriminierung hergestellt werden könne. Ferner

seien Aspekte wie die emotionale Gesundheit, der Respekt für andere sowie die Selbstachtung wichtig. Überdies hinaus stehe das Gesundheitssystem im Vordergrund. Selbst die in den Vereinigten Staaten beschlossenen Mindestmaßnahmen würden gegebenenfalls nicht umgesetzt. Die Bundesrepublik habe hingegen ein robustes Gesundheitssystem.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) erteilt sodann dem stellvertretenden Vorsitzenden, Abg. Dr. Zimmer (CDU/CSU), das Wort und spricht ihm bei dieser Gelegenheit Dank für seine Initiative aus, Frau Prof. Nussbaum einzuladen.

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) wirft die Frage auf, inwieweit der Capability Approach mit der Gerechtigkeitstheorie von John Rawls vereinbar oder anschlussfähig sei. Weiterhin hinterfragt er den Begriff des guten Lebens sowie insbesondere, angesichts der aristotelischen Herkunft, nach der transzendenten, religiösen Komponente in der klassischen griechischen Tradition. Dieser Aspekt gehe über die diesseitigen Fähigkeiten (Capabilities) doch weit hinaus.

Prof. Martha Nussbaum verweist auf ihr Buch „Frontiers of Justice“, welches nun auch in deutscher Sprache erhältlich sei. John Rawls zufolge existiere die Tradition des sozialen Kontrakts. Diese stelle einen Kontrakt zwischen Menschen dar, die sich nach seiner Theorie in ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten gleichen, so dass keine Dominanz herrschen könne. In ihrem Buch versuche sie auszudrücken, dass Probleme von Behinderten, Alten oder Kindern für spätere Behandlungen aufgehoben würden und bei der Wahl der Gerechtigkeitsmaßstäbe keine Rolle spielten, was ihrer Ansicht nach falsch sei. Das Bedürfnis nach Fürsorge in Zeiten asymmetrischer Abhängigkeiten sei eines der größten Bedürfnisse der Menschen, das mit der alternden Gesellschaft zunehme. Daher könne das ganze Leben eines geistig Behinderten kürzer sein als die geistigen Schwierigkeiten von so genannten normalen Erwachsenen im Alter. Daher müsse die Fürsorge anders definiert und verteilt werden. Rawls nehme diesbezüglich mit der Tradition des Sozialkontrakts jedoch von vornherein einen falschen Standpunkt ein. Des Weiteren sei der kantische Begriff des Menschen problematisch. Kant sei ein guter Anhaltspunkt in vielerlei Hinsicht. Im Hinblick auf die Menschenwürde geistig Behinderter oder hinsichtlich der Tiere und ihren Fähigkeiten sei Kant jedoch kein guter Anhaltspunkt. Rawls habe durch seine Auffassung der Bürgerrechte als eher idealisierte Vorstellung von Rationalität solche Probleme leider ausgeblendet. Sie stimme jedoch damit überein, dass Rawls' Prinzipien der Gerechtigkeit modernen Gesellschaften gute Resultate ver-

mittele. Eine wichtige Theorie von Rawls sei die Bekenntnis zum politischem Liberalismus, d. h., dass politische Prinzipien für eine pluralistische Gesellschaft keine umfassende moralische Lehre darstellen sollten, die auf das ganze Leben abstelle, sondern eher partielle moralische Vorstellungen, um gegenüber der Pluralität von religiösen und säkularen Lehren Respekt zu äußern. Gemäß Rawls könnten politische Prinzipien Teil der Lehre (comprehensive doctrine) einzelner Personen sein, während sich der restliche Teil anders zusammensetze. Alle könnten jedoch in einem Punkt übereinstimmen, was dann übergreifender Konsens (overlapping consensus) genannt werde. Im Rahmen der weltweiten Erklärung der Menschenrechte gehe man auch davon aus, dass es gewisse Prinzipien gebe, die Christen, Muslime, Juden und Atheisten teilten, auch wenn sie ein unterschiedliches Verständnis der Menschenrechte besäßen. Manche seien mit dem Konzept der unsterblichen Seele verbunden, andere nicht. Nichtsdestotrotz teilten sie alle die politische Liste der Menschenrechte. Das sei auch ein sehr wichtiger und erfolgreicher Teil in Rawls' Ansatz gewesen. Das ‚gute Leben‘ betreffend habe Frau Prof. Nussbaum ihre Karriere als Student der aristotelischen Lehren begonnen. Die traditionellen Denkweise über Aristoteles sei von den britischen Sozialisten T. H. Green und Ernest Barker im späten 19. Jahrhundert entwickelt worden, die nicht auf katholischer Tradition, sondern auf Aristoteles' materieller Seite basiere. T. H. Green sei ein Gegner des Laissez-faire-Kapitalismus auf der einen Seite und des Utilitarismus auf der anderen gewesen. Er habe eine kostenlose verpflichtende Bildung sowie Vorschriften über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz eingeführt. Er habe betont, dass sinnvolle Freiheit nicht bedeute, einfach tun zu können, was man will, sondern in einer Art und Weise erzogen zu werden, durch die man Wahlmöglichkeiten habe. Somit benötige man auch Bildung, durch die man nicht frei sein könne, solange das Land kein vernünftiges Bildungssystem vorweise. Gegenüber den Utilitaristen habe er entgegnet, er wolle nicht nur Zufriedenheit, sondern eine Vielzahl an Gütern, darunter auch menschliche Aktivität. Bis vor kurzem habe Frau Prof. Nussbaum Debatten über Sexualmoral mit den katholischen Aristotelikern John Finnis und Robert George geführt. Grundsätzlich hätten sie ein aristotelisches Bild des „guten Lebens“ nutzen wollen, um eine Art Disziplin und Unfreiheit zu verhängen, während ihr eigener Ansatz von Mitwirkungsmöglichkeiten und Freiheit handele. Es gehe darum, bestimmte Entscheidungsfreiräume zu schaffen. Falls sich die Menschen schließlich dafür entschieden, diese nicht zu nutzen, sei dies akzeptabel. Das politische Ziel sei somit Freiheit als Fähigkeit oder

Potenzial. Dies sei in der Tat der Hauptunterschied zwischen ihr und den katholischen Aristotelikern.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) fragt nach alternativen Vorschlägen zum BIP-Ansatz. Gemäß Joseph Stiglitz sei die Frage, was man messe, auch Ausdruck dessen, was für jeden persönlich wichtig sei. Frau Prof. Nussbaum habe in ihrem Vortrag auch betont, dass die Aspekte, die der Bevölkerung wichtig seien, gemessen werden müssten. Sie erkundigt sich nach einer Sammlung von Indikatoren bzw. Ratschlägen für die Auswahl von Indikatoren.

Prof. Martha Nussbaum entgegnet, die mit dem Fähigkeitsansatz einhergehenden Messungen seien Gegenstand von großen Forschungsbemühungen. Sabina Alkire habe über die Messung von Fähigkeiten ein Buch veröffentlicht. Problematisch sei die Frage, wie man die zehn Punkte auf der genannten Liste messen könne. Frau Prof. Nussbaum gibt an, dass manchmal eine Art quantitative Messung gewünscht werde, es allerdings noch andere Wege gebe, zu beurteilen, wie weit ein Land sich in einem bestimmten Punkt entwickelt habe. Sie nimmt Bezug zum Verfassungsrecht. Man könne messen, ob ein Verfassungsrecht umgesetzt werde, ohne dass man sich auf empirische Zahlen stützen müsse. Bei einer Frage nach der Religionsfreiheit in den USA sei als Vorgehensweise nicht eine direkte Befragung von Menschen empfehlenswert, sondern die Betrachtung von Beschwerdefällen und der Art der Lösungsansätze. Ihr Buch „Liberty of Conscience“ beantworte genau diese Frage. Bei der Frage nach der Meinungsfreiheit in einem Land sei ein rein quantitativer Indikator nicht ausreichend. Stattdessen müsse man die bestehenden Konflikte betrachten, z. B. wem die Meinungsfreiheit versagt worden sei und wie damit vor Gericht umgegangen werde. Die Analyse der Maßnahmen der Gerichte sei ein guter Indikator. Das Thema Bildung betreffend geht Frau Prof. Nussbaum davon aus, dass im Bedarf an schnellen quantitativen Indikatoren eine große Gefahr liege. Dies sei im „No Child Left Behind Act“ in den Vereinigten Staaten sichtbar, bei dem zuerst durch Beobachtung festgestellt worden sei, dass zu ungleiche Bildungschancen bestünden, so dass die Regierung die Absicht gehabt habe, zu handeln. Es habe jedoch eines leicht messbaren Ansatzes bedurft. Man könne leicht die Ergebnisse standardisierter Tests im Lesen und in der Mathematik messen. Nichtsdestotrotz werde auf diesem Weg alles, was der Test nicht beinhalte, kaum noch für wichtig befunden. Infolgedessen würden in den Vereinigten Staaten Geschichtslehrer entlassen, da Geschichte nicht Teil der Messungen sei. Darüber hinaus sei auch der Inhalt der Tests nicht messbar. Stattdessen

müsse man danach fragen, ob es den Kindern ermöglicht werde, verschiedene literarische Erfahrungen zu sammeln oder zu debattieren. All das könne nicht gemessen werden. Die Reaktion darauf solle jedoch nicht sein, auf jegliche Messungen zu verzichten. Als Folge befürwortet Frau Prof. Nussbaum einen komplizierteren Messansatz. Dazu habe die Spencer Foundation umfangreiche Projekte durchgeführt. Allerdings sei dies mit hohen Kosten verbunden. Man müsse demnach in die Klassenräume gehen und den Unterricht sowie die Interaktion der Lehrer mit den Schülern betrachten. Bedauerlicherweise habe die Begrenztheit der Tests in den Vereinigten Staaten große Schäden verursacht. Dies habe zu Kürzungen geführt, so dass in fast allen Städten und Bundesstaaten Kunstprogramme, die nicht Bestandteil der Tests seien, eingespart worden seien. Musik, Tanz oder Theater stellten jedoch einen Anreiz für Kinder dar, sich auch für andere Themen zu interessieren. Ferner entstünden Übertragungseffekte (spillover effects). So würden Kinder ihre Beziehung untereinander stärken oder eine andere Einstellung zum eigenen Körper und Selbstachtung erlangen. Sie warnt davor, Ergebnisse zu sehr zu vereinfachen und wichtige Aspekte zu vernachlässigen.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) merkt an, dass Frau Prof. Nussbaum nahtlos an eine Debatte vom vergangenen Montag zur Frage anschließe, wie man Wohlstand definiere und messe und ob man von einer breiten Definition oder von bereits verfügbaren Indikatoren ausgehen solle.

SV Prof. Dr. Gert Wagner hinterfragt die genannten zehn Fähigkeiten, insbesondere die festzulegenden Auswahlkriterien.

Prof. Martha Nussbaum gibt zu bedenken, dass die Belange der Menschen äußerst kompliziert seien. Ihre Liste beinhalte auch Aspekte wie die Pressefreiheit, die sich der Wertschätzung der Menschen entzögen, wenn sie sich nicht bereits in deren Bewusstsein befänden. Die indische Frau aus dem Fallbeispiel werde sich nicht für Pressefreiheit einsetzen, da sie deren potenzielle Rolle in ihrem Leben nicht einschätzen könne. Folglich müssten Aspekte gewählt werden, von denen ersichtlich sei, dass sie langfristig für die Menschen relevant seien. Amartya Sen habe bewiesen, dass eine freie Presse sogar Hungersnöte verhindern könne. Man solle demzufolge keine kurzfristig für weniger informierte Bürger relevanten Belange einbeziehen. Während ihrer Zusammenstellung habe der Human Development Report bereits auf die Themen Gesundheit, Bildung sowie das Bruttoinlandsprodukt hingewiesen. Sie habe mit vielen Menschen und mit auf Frauen fokussierten Entwicklungsorganisationen gesprochen. Ihr Schwerpunkt in ihrem Buch „Women and

Human Development“ habe dabei aufgrund ihrer Detailkenntnisse auf Indien gelegt. Ihr Ansatz habe sich von denen anderer Autoren, die Beispiele aus verschiedenen Ländern anführten, ohne das Land wirklich zu kennen, unterschieden. Nichtsdestotrotz sei die Liste auch für andere Länder nützlich. Eine vorläufige Liste habe sie in der Realität in verschiedenen Ländern und Kontexten getestet. Durch Vorschläge anderer habe sie die Liste wiederum überarbeitet. Dennoch sei die Liste immer noch nicht vollendet. Deswegen befürworte sie, dass Länder diese abstrakten Punkte verwendeten und vor dem Hintergrund ihrer eigenen Traditionen und Probleme individuell auslegten. Die Legalität antisemitischer Aussagen in den Vereinigten Staaten und die diesbezügliche Einschränkung der Meinungsfreiheit in Deutschland zeigten den Einfluss der unterschiedlichen Geschichte des jeweiligen Landes.

Letztlich habe sie weltweit aus dem Verfassungsrecht gelernt. Unter Hunderten von Verfassungen hätten die Vereinigten Staaten als ein noch sehr junges Land eine der ältesten. In der Tat seien jedoch viele Aspekte in Verfassungen nur von rhetorischer Natur. So beinhalte die nordkoreanische Verfassung viele Formulierungen, die de facto wertlos seien. Anhand solcher Formulierungen sehe man, was für die Menschen relevant sei. Die südafrikanische Verfassung beinhalte sogar soziale und wirtschaftliche Ansprüche. Entgegen der Kritik, man könne diese nicht umsetzen, habe das Land den Beweis angetreten, dass es möglich sei. Anhand von Partnerschaften zwischen Gerichten und Gesetzgebern könnten soziale und ökonomische Rechte realisiert werden. Der südafrikanische Verfassungsgerichtshof sei ein hervorragender Erfahrungsschatz, da sich die Richter mit den unterschiedlichsten menschlichen Problemen beschäftigten. Auf dieser Grundlage habe sie ihre Liste zusammengestellt.

Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) bringt zum Ausdruck, dass die Fähigkeitsdefinition einen sehr breiten Begriff des Wohlstands und der Menschen als Individuen mit ihren Rechten und Fähigkeiten, aber auch als soziale Wesen enthalte. Dadurch würden Menschenrechtsansätze formuliert, an denen eine Gesellschaft gemessen werden könne. Frau Prof. Nussbaum habe in ihrem Aufsatz befürwortet, dass die Bürger, die Parlamente und die Gerichte ihre Ansätze frei diskutieren sollten. Demzufolge sei der genaue Prozess von Interesse. Ferner spielten geschlechterspezifische Ungleichheiten für die Fähigkeiten eine Rolle. Insofern sei von Interesse, ob unterschiedliche Gewichtungen von Fähigkeiten existierten bzw. ob es besondere geschlechterspezifische Fähigkeiten gebe.

Prof. Martha Nussbaum erklärt, es gebe zwei Phasen in diesem Prozess. In der ersten Phase spezifizierten die Bürger ihre grundlegenden Ansprüche. Überdies hinaus gebe es einen täglichen Rhythmus, durch den bestimmte Rechte realisiert und weiterentwickelt würden. Dieser tägliche Prozess müsse sich bezüglich der Anforderungen an die grundlegenden Ansprüche flexibel gestalten. Ihrer Ansicht nach sei die Frage der Struktur sehr kontextabhängig. Die Frage, ob eine parlamentarische Demokratie besser sei oder ein Präsidialsystem wie in den Vereinigten Staaten, oder sogar, wie viel Gestaltungsspielraum man der richterlichen Überprüfung von Gesetzen zugestehe, sei vom jeweiligen Land mit seinen Problemen und vom Kontext abhängig. Eine Ansicht habe sich gegen die richterliche Überprüfung indischer Gesetze gestellt. Sie sei davon ausgegangen, dass Richter einen Teil der Elite bildeten und dadurch über die Bedürfnisse der Bevölkerung uninformiert seien. Zu dieser Zeit habe die Alphabetisierungsrate lediglich bei zwanzig Prozent gelegen. In der Tat hätten die Richter die Bedürfnisse des Volkes nicht gekannt. Auf diese Weise hätten sich Richter gegen Vorschläge zu Landreformen ausgesprochen. Indira Gandhi habe jedoch dreißig Jahre später im Jahre 1977 die Parlamentsmehrheit genutzt, um Grundrechte aufzuheben und politische Gegner verhaften zu lassen. So sei die Wichtigkeit, den mächtigen Gesetzgebern eine richterliche Kontrolle entgegenzusetzen, deutlich geworden. In diesem Zuge sei eine neue Doktrin geschaffen worden, die bewirkt habe, dass bestimmte Rechte auch durch eine Mehrheit nicht außer Kraft gesetzt werden könnten. Diese Thematik sei somit sehr vom Kontext abhängig. Des Weiteren interessiere sie die Forschung zur Public-Choice-Theorie als Untergliederung von Politik und Wirtschaft. Dabei werde beispielsweise nach der Reihenfolge der ins Parlament eingebrachten Anträge bzw. nach der daraus resultierenden Wahrscheinlichkeit eines Konsens gefragt. Dabei habe sie herausgefunden, dass es keine übereinstimmenden Erkenntnisse, sondern lediglich eine kontroverse Debatte gebe. Letztendlich müsse ein Mindestmaß an Gewaltenteilung und richterlicher Überprüfung mit einem gewissen Gestaltungsspielraum vorhanden sein. Ferner sollten Verfassungen auch durch eine Mehrheit nicht zu leicht abänderbar sein.

Hinsichtlich der Frage, ob die Fähigkeiten unterschiedliche Bedeutungen hätten bzw. welche wichtiger als andere seien, hält Frau Prof. Nussbaum bis zu einem gewissen Schwellenwert jede der Fähigkeiten essentiell, um Menschenwürde zu gewährleisten. Wenn also einer dieser Punkte fehle, sei tragischerweise die minimale soziale Gerechtigkeit nicht erreicht worden. Wichtiger als die Frage, wie man Ausgleiche schaffen könne, sei die Frage,

welche Wahl man zwischen zwei Aspekten treffen müsse, um ein lebenswertes und menschenwürdiges Leben zu führen. Somit müsse man zwar Entscheidungen bei der Wahl treffen, langfristig betrachtet solle man hingegen eine Position schaffen, die solche Entscheidungen vermeide. Hier folge Frau Prof. Nussbaum Hegels Tragödientheorie. Bei einem tragischen Dilemma, in dem ein Recht gegen das andere stehe, müsse dieser Konflikt überwunden werden. Es müsse eine Situation geschaffen werden, in der es diesen Gegensatz nicht mehr gebe. Wenn arme Menschen ihren Kindern keine angemessene Bildung gewährleisten könnten, weil sie sie zum Arbeiten schicken müssten, denke man lediglich an ärmere Länder. Newt Gingrich schlage dies hingegen derzeit für amerikanische Kinder vor, während er die Gesetze zur Kinderarbeit abschaffen wolle. Es sei demnach tragisch, wenn Eltern entscheiden müssten, ihre Kinder entweder zur Schule zu schicken oder für eine angemessene Ernährung der Familie zu sorgen. Daher sei das Land in Schwierigkeiten. Dem Volk werde keine Gerechtigkeit gewährleistet. Deshalb müsse man sich auf die Zukunft vorbereiten bzw. eine Zukunft schaffen, in der alle Faktoren mit einbezogen werden könnten.

Abg. Kerstin Andreae betont die Wichtigkeit des vorgestellten Ansatzes im Zusammenhang mit den Themen Wachstum und globale Gerechtigkeit. Es stehe zudem nicht nur die Frage im Raum, wie man zukünftig Bedürfnisse wie Mobilität oder Wohnen befriedigen könne, sondern auch die Frage, wie sich persönliche Fähigkeiten entwickeln könnten, da diese Fähigkeiten mit dem Wohlstand in Verbindung stünden. Wohlstand und Wachstum seien zudem nicht gleichzusetzen. Unter den Fähigkeiten existiere auch die, mit der Natur bzw. der Umwelt umzugehen und über die nötige Sensibilität zu verfügen. Dies sei jedoch auch eine Frage des politischen Handelns. Die Klimakonferenz in Durban zeige durchaus eine große Zögerlichkeit, eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Taten und ein sehr langsames Agieren. Gleichzeitig gebe es die Diskussion der zwei Geschwindigkeiten. Fraglich sei nun, ob eine moralische Pflicht der Industrieländer bestehe, schneller zu sein und höhere Anforderungen an sich zu stellen gegenüber den Entwicklungsländern. Dabei sei zu berücksichtigen, dass ein ungebremstes wirtschaftliches Wachstum mit seinen ökologischen Folgen äußerst schadhaft für die Menschen in den Entwicklungsländern sei.

Prof. Martha Nussbaum legt dar, dass sie sich in ihrer Theorie auf die individuelle menschliche Fähigkeit konzentriere, eine bestimmte Beziehung zur Natur zu besitzen. Nichtsdestotrotz müsse die Frage gestellt werden, welche Fähigkeiten einen Zweck widerspiegeln und welche lediglich

Mittel zum Zweck seien. Ihrer Meinung nach sei die Beziehung zwischen Menschen und Tieren nicht nur für den Menschen nützlich, sondern ein nützlicher Selbstzweck. Demgegenüber würden manche Menschen, die sich mit Fähigkeiten befassen, denken, es gehe per se um die ganze Natur als Selbstzweck. Demnach hätten nicht nur Menschen, sondern ganze Ökosysteme diverse Fähigkeiten. Sie zweifle an dieser Sichtweise. Ihre Sicht basiere auf individuellen Wesen. Jedoch seien all diese Ansichten innerhalb der Gesellschaft und innerhalb der Schriften vertreten. Dies stelle eine der wichtigsten Debatten für die Zukunft dar. Solange man nicht wisse, welche Zwecke man fördere, wisse man nicht, was man eigentlich tue. Im Wissen jedoch, dass der Mensch den Zweck darstelle, müsse man beispielsweise die globale Erwärmung zumindest verlangsamen. Zudem müsse man sich viel stärker auf den Zustand der Umwelt konzentrieren. Aufgrund der Industrialisierung in den reicheren Nationen, bei der zu Anfang Kohle verwendet worden sei und nun saubere Technologien existierten, befänden sich die armen Länder gerade erst im Prozess der Industrialisierung. Für Letztere sei es zu teuer, saubere Technologien einzusetzen. Deswegen sehe sie eine moralische Verantwortung der reichen Staaten, die Last der sauberen Technologien für diese Länder mitzutragen und selber von den verunreinigenden Technologien Abstand zu nehmen. Zum einen sei dies ein Teil des Kolonialismus gewesen, zum anderen hätten die reichen Länder einen Reichtum erlangt, der nun die armen Länder davon abhalte, selber wohlhabender zu werden. Dies bringe ihnen, von den Ungerechtigkeiten der Vergangenheit abgesehen, im Augenblick einen großen Nachteil. Es sei folglich sehr schwer herauszufinden, wie dies jemals zu einem bedeutsamen Teil des politischen Prozesses werden könne. Vor vier Jahren sei der Emissionsrechtehandel als gänzlich vernünftige, marktbasierende Lösung zum Klimawandel angesehen worden, die von den Republikanern unterstützt worden sei, während die Demokraten strengere Regelungen bevorzugt hätten. Mittlerweile unterstütze keine der beiden Parteien mehr den Emissionsrechtehandel. Diese Debatte habe sich ihrer Meinung nach äußerst schnell gänzlich irrational entwickelt, so dass diejenigen, die am Klimawandel zweifelten, nun absolute Macht über die Republikaner innehätten. Nun sei nicht einmal mehr aussprechbar, dass der Klimawandel existiere und vom Menschen verursacht worden sei. Ohne die amerikanische Unterstützung geschehe nichts Nützliches. Sie hoffe darauf, dass Europa in dieser Debatte seinen strikten Kurs beibehalte und sie in eine produktivere Richtung lenke.

Abg. Dr. Hermann Ott befürwortet den philosophischen Beitrag zu dieser Debatte. Zudem werde der holistische Ansatz zu oft vernachlässigt und man verliere sich in wirtschaftlichen und statistischen Diskussionen, während der große Zusammenhang verloren gehe. Die Konzentration auf wirtschaftliche Indikatoren sei demnach laut Frau Prof. Nussbaum falsch. Ferner gehe er davon aus, dass die vorhandene Umwelt z. B. durch den Klimawandel begrenzt sei. Demnach müsse auch die Fähigkeit, die CO₂-Emissionen zu bewilligen, begrenzt sein. Fraglich sei, ob diesbezüglich der reichere Norden Teile des vorhandenen Wohlstands zugunsten des Wachstums des Südens umverteilen könne. Dies nehme keinen großen Teil in ihrer Theorie ein.

Prof. Martha Nussbaum verweist auf ihr Buch „Frontiers of Justice“, in dem es um die Globalisierung des Ansatzes gehe. Bisher sei er als Ansatz für einzelne Nationen entwickelt worden. Anschließend könne man die einzelnen Nationen vergleichen. In Bezug auf das Verfassungsrecht habe sie sich auch mit dem internen Fortschritt der einzelnen Länder beschäftigt. In Zeiten, in denen globale Ungleichheit nicht nur enorm sei, sondern auch noch schnell wachse, müsse man hingegen auch über den globalen Zusammenhang nachdenken. Zuerst müsse man überlegen, welches Ziel man erreichen wolle. Dabei befürwortet sie die Millennium Development Goals als richtige Ansätze. Daraus ließen sich anschließend die Pflichten und Rechte ableiten. Sie sehe das Ziel in der Anerkennung, dass alle Menschen überall auf der Welt berechtigt seien, diese zehn Fähigkeiten zu besitzen. Dies solle ihnen nicht deswegen genommen werden, weil sie in einem bestimmten Land lebten. Des Weiteren sollten keine Unterschiede in Bezug auf ethnische Zugehörigkeit und Geschlecht gemacht werden. Dies sei ein guter Ansatzpunkt. Dabei ginge es lediglich um einen Schwellenwert und nicht um absolute Gleichberechtigung, weshalb dies nur den ersten Schritt verkörpere. Schließlich stelle man möglicherweise immer noch bei Erreichen der Schwelle die Frage, wie die Ungleichheit zu behandeln sei. Diese Frage stelle sich jedoch nicht, da die Aufgabe, die Menschen auf diesen Schwellenwert zu bringen, enorm sei, dass man damit erst einmal anfangen müsse. Man könne wahrscheinlich, verbunden mit der weit verbreiteten Einigkeit innerhalb der Menschenrechtsbewegung, die Einigung erzielen, dass alle Menschen bestimmte Grundrechte besäßen, die auf dem Gedanken der grundlegenden Gerechtigkeit basierten, selbst wenn man sich nicht über die absolute Gleichheit als Ziel einigen könne. Wie daraus zu schließen sei, besäßen alle Menschen ein Recht auf all diese zehn Fähigkeiten. Danach müsse man sich überlegen wie man die Pflichten ableite, die diesen

Fähigkeiten entsprechen. Dies müsse durch die ernsthafte Pflicht der reicheren Nationen zur Umverteilung geschehen. In ihrem Buch fordere sie daher zwei Prozent des BIP, was jedoch nur einen fiktiven, moralisch adäquaten Wert symbolisiere. Nichtsdestotrotz sei es ein Signal und eine Geste angesichts der Tatsache, dass Länder gegebenenfalls zwischen 0,8 oder einem Prozent ihres BIP abgäben. Dies bedeute nicht unbedingt per se eine Verminderung des Lebensstandards. Dies hänge von der Verwendung des restlichen Haushalts ab. Dieser könne an anderer Stelle gekürzt werden. Tatsächlich gingen die meisten Amerikaner davon aus, zwanzig Prozent Entwicklungshilfe zu zahlen, so dass sie möglicherweise mit zwei Prozent zufrieden seien.

Daneben verweist sie noch auf andere Aspekte, die hier eine wichtige Rolle spielten, darunter Unternehmen. So stecke die Idee der globalen Gerechtigkeit noch in den Kinderschuhen. Man denke immer noch an Nationalstaaten und deren Beziehungen untereinander. Niemand sei jedoch philosophisch mit der Tatsache zurechtgekommen, dass multinationale Unternehmen gelegentlich mächtiger seien als Nationen bzw. dass sie Nationen als Geisel nehmen könnten. So könnten Unternehmen die Aufnahme von Geschäftstätigkeiten in einem bestimmten Land unter die Bedingung stellen, dass bestimmte arbeitsrechtliche Anforderungen herabgesetzt würden. Fraglich sei somit, auf welche Weise Gerechtigkeitstheoretiker den Unternehmen nicht nur Pflichten auferlegten, sondern diese auch realistisch und erreichbar machen könnten. Sie gehe davon aus, dass Unternehmen große moralische Pflichten hinsichtlich guter Umweltbedingungen, guter Bildung und guter Arbeitsbedingungen am jeweiligen Tätigkeitsort besäßen. Sodann geht sie auf die Frage der Verwirklichung ein. Langfristig könne man hoffen, dass eine globale Moral entstehe, die das Handeln eines Unternehmens unvermeidlich mache, sofern es an seinem guten Ruf interessiert sei. Dies sei jedoch noch nicht der Fall. Daher benötige man eine sehr aktive Verbraucher- und Protestbewegung. Es gebe bereits isolierte Einzelbewegungen, wie beispielsweise Gruppierungen von Jugendlichen gegen ausbeuterische Betriebe. Solche Bewegungen stellten ihrer Meinung nach die einzige Möglichkeit dar, als reiche Bürger der entwickelten Länder die Unternehmen dazu zu bringen, für deren Geschäftstätigkeit in anderen Ländern Verantwortung zu übernehmen. Daneben befürworte sie globale Abkommen. Zwar gebe es gute Argumente gegen einen Weltstaat, man benötige jedoch bindende und einklagbare Abkommen in pluralistischen Bereichen wie Arbeit, Umwelt oder im Strafrecht. Diese stellten einige Bestandteile dar, an denen die Gerechtig-

keitstheorie zusammen mit der empirischen Forschung weiter arbeiten müsse. Es entstünden in diesem Zusammenhang verschiedene empirische Fragestellungen, etwa, welche Entwicklungspolitik funktioniere. Die Antworten auf diese Fragen seien ihr jedoch noch nicht bekannt.

SV Dr. Norbert Reuter betont, es sei wichtig, dass sich die Ausführungen im Bericht der Kommission widerspiegeln. Bisher sei man davon ausgegangen, dass das Wachstum des BIP ein angemessener Indikator für Wohlstand und Lebensqualität gewesen sei. Menschen setzten ihr Einkommen sowie ihre Beschäftigung an oberste Stelle in deren Leben. Einkommen und Beschäftigung stünden wiederum in Korrelation mit dem Bruttoinlandsprodukt. Ferner sei zu hinterfragen, ob und gegebenenfalls inwiefern das Wachstum und die Höhe des BIP eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Wohlstand und Lebensqualität darstelle. Gegebenenfalls müsse man diesbezüglich zwischen armen und reichen Gesellschaften hinsichtlich der Bedeutung des Wirtschaftswachstums für Wohlstand und Lebensqualität unterscheiden. In diesem Falle gelte die These, dass das Wirtschaftswachstum in schlecht entwickelten Gesellschaften, die nicht einmal ihre Grundbedürfnisse befriedigen könnten, eine höhere Bedeutung habe als in entwickelten Industriegesellschaften. Somit könne die Korrelation zwischen BIP, Wohlstand und Lebensqualität mit zunehmendem Entwicklungsgrad abnehmen. Ferner gebe das BIP keinerlei Informationen zur Verteilung. Letztere setze jedoch ein Minimum voraus. Fraglich sei schließlich, ob man mit Blick auf die Bewertung des Bruttoinlandsprodukts für Wohlstand und Lebensqualität unterscheiden müsse, in welcher Gesellschaft man sich befinde und wie weit die Entwicklung dieser Gesellschaft vorangeschritten sei.

Prof. Martha Nussbaum bekräftigt zwar, dass das BIP ein wichtiger Faktor sei. Die Annahme eines engeren Zusammenhanges zwischen allen Faktoren sei jedoch falsch. Hinsichtlich der Vorzüge von Einkommen und Beschäftigung für die Bürger solle man sich anstelle des BIP das durchschnittliche Einkommen privater Haushalte ansehen. Bestimmte Aspekte, wie z. B. das Wahlrecht, Religionsfreiheit, Beschäftigung, Bildung und Gesundheit, seien zudem für die Menschen selbstverständlich und gleichzeitig auch wichtig. So sei für Amerikaner die Gesundheit angesichts vieler Probleme in diesem Bereich sehr relevant. Daher bestehe keine enge Korrelation mit dem BIP. Es sei unklug, sich auf Bildung und Gesundheit zu konzentrieren und das BIP zu ignorieren. Nichtsdestotrotz dürfe man sich nicht zu sehr auf das BIP fokussieren. Die Frage der Kausalität zwischen BIP und Wachstum sei ein eher heikles Thema. In manchen Situationen müsse man sich mit der

politischen Teilhabe oder der Gleichberechtigung der Geschlechter befassen. Nicholas Kristof halte beispielsweise die Gleichberechtigung von Mann und Frau für den wichtigsten Faktor in vielen Entwicklungsländern, da dadurch die Hälfte der Bevölkerung ihre Fähigkeiten entfalten könne. Ihrer Meinung nach sei jedoch die politische Teilhabe ein wichtiger Bestandteil für eine stabile und produktive Volkswirtschaft. Sogar in China und Singapur habe man erkannt, dass in der Vergangenheit zu wenig getan worden sei, um Einfallsreichtum und kritisches Denken im Bildungswesen zu fördern. Demnach hätten beide Länder kürzlich massive Bildungsreformen durchgeführt, die darauf abzielten, kreatives Denken und Einfallsreichtum schlicht und einfach deswegen zu fördern, um höhere Wachstumsraten zu erzielen. Ein Wert an sich werde dem kreativen Denken jedoch nicht beigemessen. Dieser Ansatz sei nicht sehr vielversprechend. In Singapur könne man etwa kritisch denken, solange man nicht kritisch über die Regierung denke. Man könne diese Experimente zwar von politischen Debatten trennen, was jedoch nicht besonders erfolgreich verlaufe. Frau Prof. Nussbaum hebt dabei hervor, dass beide Länder faktisch kein kritisches Denken wöllten, jedoch trotzdem die Notwendigkeit in Filmen oder in der Kunst sähen, um mehr Innovation zu generieren, um weiterhin eine wachsende Wirtschaft zu besitzen. Eine gesunde Volkswirtschaft benötige demzufolge mehr als nur den BIP-Ansatz. Weitergefasste Ziele gäben aber auch größeren Anlass, andere Faktoren zu betrachten. Im Buch „India: Development and Participation“ stellten Amartya Sen und Jean Drèze Vergleichsstudien in verschiedenen Bundesstaaten an. Obgleich Indien ein armes Land sei, seien viele Probleme eng miteinander verwandt. Verschiedene Strategien hätten jeweils ihre eigenen Schwächen. Zuweilen habe man sich zu sehr, manchmal aber auch zu wenig um das BIP gekümmert. Mit Blick auf Gujarat sehe man, dass man sich dort durch Hilfe der Vereinigten Staaten als Entwicklungswunder bezeichne, weil die Wirtschaft stark gewachsen sei. Nichtsdestotrotz gebe es große Probleme im Bildungswesen, bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie zwischen Hindus und Muslimen, was dadurch deutlich werde, dass dort mehr religiöse Gewalt als in anderen Teilen Indiens vorkomme. Dies lasse sich auf das Bildungswesen zurückführen, in dem religiöse Spannungen sogar gefördert würden. In dieser Region werde in der heutigen Zeit Hitler von den Schülern als Held angesehen. Entgegen weltweiter Proteste beharre man aber auf diesem Kurs. Von Hitler werde behauptet, er habe seinem Land durch seine Ideologie zur Einheit verholfen. Bei einer solchen Politik werde dem Land durch das Wirtschaftswachstum gleichwohl nicht geholfen.

SV Michael Müller verweist auf die Umweltforscher Crutzen und Rowland. Beide hätten die Welt mit ihren Fragen und Forschungen stark geprägt. John Rawls behandle jedoch in seiner Fairness- und Gerechtigkeitstheorie das Thema Ökologie nicht. Er interessiere sich für solche langfristigen Aspekte in Frau Prof. Nussbaums Arbeit. Ferner hinterfragt er, aus welchem Grunde die Vereinigten Staaten die Nachhaltigkeit sowie die Agenda 21 der Vereinten Nationen hinsichtlich der Fragen der Gerechtigkeit und der Chancengleichheit so wenig diskutierten.

Prof. Martha Nussbaum antwortet, sie habe sich in ihrer Arbeit sehr stark mit dem Tierschutz beschäftigt. Sie sei Teil eines Projekts ihrer Fakultät gewesen, in dem es um Produktlabel gehe, die den Verbraucher darüber informieren sollten, wie die Tiere behandelt würden. Im Umweltbereich sei sie aufgrund der schwierigen empirischen Komponenten weniger aktiv. Gleichwohl gebe es Gruppen aus Rechtswissenschaftlern, Ethikexperten und anderen Wissenschaftlern an ihrer Fakultät, derer es bedürfe, da eine Umweltpolitik ohne wissenschaftliche Grundlage undenkbar sei.

Hinsichtlich der Frage nach der Haltung der Vereinigten Staaten bezeichnet sie die politische Debatte als kompliziert. Obwohl der derzeitige Präsident zu ihren früheren Kollegen zähle, würden ihre Ansichten im politischen Kontext dem linken Flügel zugeordnet. Somit würde Barack Obama nicht mit ihren Ansichten assoziiert werden wollen. Der Begriff des „europäischen Sozialisten“ werde als Schmähung gebraucht, mit dem man für die Politik des eigenen Landes disqualifiziert sei. Zwar vertrete sie auch vorherrschende Ansichten hinsichtlich Themen wie Meinungs- und Religionsfreiheit, jedoch auch Meinungen bezüglich wirtschaftlicher und sozialer Themen, die nicht dem Mainstream entsprächen. Abgesehen von der Bundespolitik variere die Debatte gelegentlich in den Bundesstaaten oder Städten. So verfolge Kalifornien eine sehr fortschrittliche Umweltpolitik. Die Stadt Chicago habe zudem viel in Bereichen bewegen können, die von der Bildung bis zu der Beziehung zwischen Ethnien reichten. Sie gehe davon aus, dass auf lokaler Ebene angesetzt werden müsse, da auf diese Weise möglicherweise mehr bewerkstelligt werden könne.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) legt hinsichtlich der Rolle von Statistiken und Indikatoren dar, dass diese die jeweilige Denkweise widerspiegeln. Dies könne Transparenz im Hinblick auf das Menschenbild, die Rolle der Politik in der Gesellschaft oder über die Weise, wie man über die Beziehung zwischen Mensch und Natur denke, fördern. Dies müsse auch in die Auswahl der Indikatoren mit einfließen. Zwar müsse man sich richtigerweise bei den

Messungen nicht auf Quantität, sondern auf qualitative Aspekte konzentrieren. Die Herstellung von Transparenz und die Aufklärung der Menschen über politische Entscheidungen und deren Einfluss auf den Einzelnen seien jedoch auch wichtige Ziele in einer offenen und demokratischen Gesellschaft. Sowohl für Politiker als auch für Wissenschaftler sollte es wichtig sein, die Hintergründe einer Entscheidung darzulegen. Aus diesem Grunde befürworte sie auch andere Indikatoren. Daneben hoffe sie, dass diese Debatte dazu führe, dass sich Menschen stärker mit den Hintergründen einer Entscheidung sowie den Zielen einer Demokratie befassen. Ohne Transparenz und Aufklärungsarbeit bestünde die Gefahr, dass sich die Menschen von der Politik distanzieren, sich aus dem öffentlichen Raum zurückzögen und sich nicht mehr für gesellschaftliche Themen einsetzten. Eine reine Diskussion über Statistiken, wie sie einige Kollegen gefordert hätten, sei der falsche Weg. Man müsse auch diskutieren, wie man die Demokratie im Alltag ausgestalten wolle. Des Weiteren habe Frau Prof. Nussbaum hinsichtlich der Messung von Entwicklungen zwei Beispiele angeführt. Zum einen hätten die Vergleichsstudien in zwei indischen Bundesstaaten ergeben, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung beider Staaten ähnele, während sich die Fortschritte im Gesundheits- und Bildungsbereich stark voneinander unterschieden. Zwar seien Vergleichsstudien eine gute Möglichkeit, die verschiedenen Entwicklungen aufzuzeigen, allerdings würden diese nicht von jedem gelesen werden. Sie fordert einen zusätzlichen Ansatz, um diese Entwicklungen aufzuzeigen und um schneller reagieren zu können. Dies betreffe beispielsweise den derzeitigen Umweltzustand im Hinblick auf die Konferenz von Durban. Scheinbar seien die Menschen über die Entwicklung innerhalb des letzten Jahrzehnts nicht informiert. Sie bittet um einen Vorschlag zur Verbesserung dieser Methode.

Prof. Martha Nussbaum stimmt den Ausführungen von Frau Bulmahn zu. Für Transparenz und öffentliche Teilhabe benötige man Statistik und Indikatoren, die zudem die richtigen Entwicklungen abbildeten. Gleichwohl entwickelten diese Indikatoren gelegentlich ein Eigenleben und erweckten den Anschein, einen bestimmten Weg zu verfolgen, während sie von anderen wichtigen Aspekten beeinflusst würden. Letztere wolle man in einer solchen Messung nicht einbeziehen, da sie sich nur schwer messen ließen. Dies sei der Prozess im Bildungswesen. Man denke, dass die Ergebnisse von Multiple-Choice-Tests überaus wichtig seien, weil man in der Lage sei, sie zu messen, während man kritisches Denken oder künstlerische Fähigkeiten nicht messen könne. Man müsse daher auf inklusiven Indikatoren beharren,

was bedeute, dass einige der Messungen nicht einfach quantifizierbar seien. Demzufolge fordert sie, eine offene Debatte darüber, was grundlegend wichtig und mit einzubeziehen sei, fortzuführen. Im No-Child-Left-Behind-Act sei schließlich nicht einmal Geschichte berücksichtigt worden. Doch selbst wenn dies der Fall sei, stelle dies eine schlechte Lehrweise dar, da man auf reine Wissenstests fokussiert sei statt zu vermitteln, wie man historische Materialien evaluiere oder nach Belegen forsche. Man solle daher seine Werte offenlegen und die Indikatoren anhand dieser Werte kritisieren. Es sei falsch, zu glauben, ein Problem mit einer Ansammlung von Indikatoren gelöst zu haben. Es sei zudem richtig, dass quantitative Arbeit einen wichtigen Teil der Öffentlichkeitseinbeziehung darstelle. Die mit einem Nobelpreis prämierte Arbeit Heckmans bestünde nicht nur aus empirischer Statistik, sondern auch aus detaillierten Wirtschaftsdaten. Dies sei wichtig, um die Menschen auf eine Früherziehung hinzuweisen.

Ein weiteres Problemgebiet in den Vereinigten Staaten sei die Geschlechterforschung gewesen. Die Menschen wüssten nur sehr wenig über Gewalt gegen Frauen, über sexuelle Gewalt und viele andere Fragen. Ihr Kollege Edward Laumann von der University of Chicago habe finanzielle Unterstützung durch den Kongress erhalten. Diese sei jedoch daraufhin von den Republikanern im Kongress abgelehnt worden, die eine solche Geschlechterforschung nicht zu unterstützen bereit gewesen seien. Dennoch habe er seine Arbeit erfolgreich beenden können und u. a. herausgefunden, dass man es als normales Verhalten eines Mannes betrachte, sich einer zum Abendessen eingeladenen Frau sexuell aufdrängen zu dürfen. Durch seine Daten konnte er die Aufmerksamkeit der Menschen erlangen. Für die Erkenntnis, dass dies ein Problem der amerikanischen Sport- und Trinkkultur darstelle, habe er seine Statistiken benötigt. Nichtsdestotrotz müsse man weiterhin kritisch auf solche Daten blicken.

Sodann geht Frau Prof. Nussbaum auf die Frage ein, wie man Entwicklungen darstellen könne. Zuerst müsse man eine Vorstellung davon haben, welchen Schwellenwert man erreichen wolle. Man benötige eine normative Denkweise, um den Schwellenwert festzulegen, sowie komparative Ansätze in Form der Indikatoren, um im Hinblick auf die Erreichung des Ziels den Fortschritt zu analysieren. Sowohl Norm als auch Richtung seien jedoch beim Thema Umwelt schwierig festzustellen. Dabei habe sich die Situation in den Vereinigten Staaten sogar verschlechtert, da man partiell bestreite, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht worden sei. Auch viele Akademiker folgten dieser Ansicht. Nur wenn man sich auf ein Ziel, beispielsweise

die Kohlenstoffemission bis zu einem gewissen Datum um ein gewisses Maß zu reduzieren, einige, könne man Indikatoren festlegen, die besagten, inwieweit man dem Ziel näher komme. Dazu müsse man sich aber zuerst über die Ziele einig werden. Selbst über die Luftverschmutzung seien sich Demokraten und Republikaner nicht einig, obwohl beide dieselbe Luft atmeten. Sie könne nicht nachvollziehen, aus welchem Grund beide Seiten den Clean-Air-Act als lästige Vorschrift betrachteten. Die Aufgabe bestünde nun darin, eine vernünftige Vorstellung der Ziele zu erlangen. Danach ergebe sich alles Weitere.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt Frau Prof. Nussbaum für ihren Vortrag. Der bei Politikern oft eingeschränkte Blickwinkel auf Rahmenbedingungen und Instrumente sei durch die Ausführungen zum Capability Approach auf die Perspektive der Menschen und deren zu entwickelnden Fähigkeiten ausgeweitet worden. Dies werde ihrer Meinung nach die Arbeit der Enquete-Kommission in Bezug auf die Definition der Ziele und die Suche nach Indikatoren beeinflussen.

Die Vorsitzende wünscht angesichts der bevorstehenden Weihnachtspause allen Mitgliedern der Enquete-Kommission ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Schluss der Sitzung: 16.29 Uhr
Bü/Ha



Daniela Kolbe, MdB
Vorsitzende